



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

11/263 - 13.11.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039 890

Politische Atomzersplitterung	S. 1
Zu Edens USA-Reise	S. 3
Opfer sowjetzonaler Willkür	S. 4

## Die Gefahr von rechts

(sp) In einem fast beschwörenden Ton hat dieser Tage der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Dr. Reinhold Maier, vor der Gefahr einer Rechtsradikalisierung der bürgerlichen Parteien in der Bundesrepublik gewarnt. In der Tat - und die letzten Gemeindewahlen haben das bestätigt - vollzieht sich in allen bürgerlichen Parteien, das Zentrum ausgenommen, ein Rechtsabmarsch, der nicht mehr übersehen werden kann. Reinhold Maier gehört der FDP an und seine Warnung galt in erster Linie der Führungsschicht dieser Partei. Auf dem kommenden Gesamtparteitag der FDP in Bad Ems dürften die Spannungen innerhalb dieser Partei zum Austrag kommen.

Die Freien Demokraten knüpften nach dem Zusammenbruch 1945 an die Tradition eines Friedrich Naumann und der seinerzeitigen Staatspartei in der Weimarer Republik an. Von dieser Tradition ist heute nicht mehr viel übriggeblieben. Das geradezu krampfhaft und skrupellose Werben der FDP um die führerlos gewordene Gefolgschaft Hitlers und Remers in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen brachte wohl dieser Partei einigen Stimmengewinn ein; er wurde mit der nahezu völligen Preisgabe des sowieso schon angeschlagenen demokratischen Inhalts dieser Partei erkaufte.

Diese gefährliche Entwicklung bereitet den Überzeugten

Demokraten innerhalb der FDP ernste Sorgen. Es wird höchst aufschlußreich sein, inwieweit die FDP-Führung in Ems auf diese Vorstellungen und Warnungen reagiert. Siegt die Middelhaube- und Euler-Gruppe - die schärfsten Vertreter der restaurativen und groÙkapitalistischen Richtung und Verfechter eines wilden Nationalismus - dann dürften die Tage, da man, wenn auch mit einigem Vorbehalt, in der FDP eine demokratische Partei erblicken konnte, gezählt sein.

Die Entwicklung nach rechts ist jedoch nicht allein auf die FDP beschränkt, wenn auch hier die Symptome am deutlichsten erkennbar sind. Der katholische Kerngehalt der CDU hinderte die Kanzler-Partei nicht daran, in Niedersachsen Wahlbündnisse mit Gruppen und Gruppierungen einzugehen, deren politisches Gesicht - sofern man von einem solchen in diesem Zusammenhang überhaupt sprechen kann - die Züge einer noch nicht allzu lange verschwundenen Zeit tragen. Wieviele von den einzelnen Gemeinde- und Kreisvertretern in Niedersachsen, die heute einträchtig neben der CDU sitzen, mögen noch vor wenigen Jahren ihre Hauptaufgabe in der Zerstörung des christlichen Gedankengutes erblickt haben.

Das Dritte Reich war bekanntlich kein Freund der Kirche; die Niederlage und der Zusammenbruch hinderten die Nationalsozialisten daran, den Christen beider Konfessionen den Garaus zu machen. Hat die so bündnisfreundige CDU heute die Warnungen eines Grafen von Galen vergessen? Jedes Faktieren mit rechtsradikalen Gruppen und jede Konzession an rechteradikale Gesinnungen kommt einer Aushöhlung der noch so jungen deutschen Demokratie gleich und es ermuntert alle Kräfte, die glauben, daß die Weltgeschichte sich noch einmal zu ihren Gunsten zurückdrehen lieÙe.

Noch eine andere große Gefahr tut sich auf: Die sogenannten unpolitischen Wählergemeinschaften sind doch nichts anderes als ein in sich uneiniger Klüngelhaufen. Solche politischen Promenadenmischungen haben im allgemeinen keinen dauerhaften Bestand. Die Folge wird der Zerfall unseres politischen Lebens und die Aufsplitterung sein. Auch das läÙt sich heute schon in Niedersachsen an drastischen Beispielen belegen. Wohin der politische Atomzerfall führt, haben wir in der Weimarer Republik zur Genüge erfahren.

Durch ihre mangelnde Widerstandsfähigkeit, durch ihr Liebäugeln mit den aus der Zeit des Nationalsozialismus noch lebendigen Instinkten im deutschen Volke, durch die bewußte Bildung und Förderung von sogenannten unpolitischen Gruppen, die keinem verantwortlich sind außer ihren Interessen, beschwören die bürgerlichen Parteien die Gefahr eines politischen Nihilismus herauf.

+ + +

Edens Mission in Washington

B.C.-London

Wenn Anthony Eden, der britische Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, auch wahrscheinlich der gegenwärtig in New York tagenden UNO-Versammlung einen kurzen Besuch abzustatten nicht versäumen wird, so dient seine Reise nach den USA in erster Linie doch dem Zweck, mit dem neugewählten, Anfang Januar 1953 sein hohes Amt antretenden Präsidenten Eisenhower Fühlung zu nehmen und sich über die zu erwartenden Veränderungen im außenpolitischen Kurs der Vereinigten Staaten klarzuwerden. Vor allem wird er mit Eisenhower und dem künftigen Spitzenpersonal des State Department drei Dinge erörtern wollen: Die Schritte, die Eisenhower zur endlichen Liquidierung des in Großbritannien nicht weniger als in den USA unpopulären koreanischen Krieges zu ergreifen gedenkt; die bisherige Nichtteilnahme Großbritanniens am Pazifischen Wehrpakt ("ANZUS"), sowie die immer gespannter werdenden Beziehungen zwischen den USA und Frankreich.

Der Pazifische Rat, der bisher aus Australien (A), Neuseeland (NZ für New Zealand) und Amerika (US) besteht, kann ohne britische Teilnahme nicht vollständig sein, weil die wichtigste Marinebasis Singapur mit dem wichtigen Hinterland Malaya, also strategische Schlüsselpunkte, unter britischer Verantwortlichkeit stehen. Es heißt, daß vor allem die Australier Großbritannien nicht im ANZUS-Pakt wollen, weil sie fürchten, dann mit ihren Truppen und Schiffen Singapur und Hongkong garantieren zu müssen. Eden wird versuchen wollen, die Amerikaner zum britischen Standpunkt in dieser Frage zu bekehren.

Schwierig wird es sein, die amerikanische Politik mit Bezug auf die imperialistischen Forderungen Frankreichs auf Gegenkurs umzusteuern. Wie erinnerlich, hat die USA den Antrag des arabisch-asiatischen Blocks vor der UNO unterstützt, Marokko und Tunesien zu diskutieren, was Frankreich als einen Eingriff in seine dortigen "Hoheitsrechte" bekämpft. Außerdem wünscht Frankreich, im Gegensatz zu den

USA, daß ein deutscher Beitrag zur Europaarmee, wenn er sich schon nicht ganz vermeiden läßt, wenigstens den Franzosen unbestrittene Präponderanz in Waffen, Truppenzahl und Kommandogewalt belassen solle. Vor allem will Frankreich nichts von einer etwaigen Teilnahme deutscher Offiziere an einflußreichen Stabsstellen wissen. Amerika dagegen hält sich an den Grundsatz der deutschen "Gleichberechtigung" gebunden und hat bisher den Standpunkt eingenommen, daß Frankreichs Sicherheitswünschen weitgehend Rechnung getragen worden sei. Da Eisenhower ja aus seiner vorigen Stellung als Oberbefehlshaber in Europa mit diesen Problemen eingehend befaßt worden war, scheinen die Aussichten für einen Erfolg der Edenschen Vermittlung in dieser Hinsicht ziemlich gering zu sein.

+   +   +

#### Natonek bleibt unvergessen

**D.Sch.** In diesen Tagen werden es vier Jahre, daß Wolfgang Natonek von dem MWD verhaftet wurde. Er ist nur eines unter vielen Opfern, die täglich in der Sowjetzone hinter Zuchthausmauern verschwinden, aber er ist eines der Überzeugendsten.

Natonek war 1. Vorsitzender des Studenterrates der Universität Leipzig. In dieser Eigenschaft verkörperte er in seiner Person durch seine Überzeugungskraft und Integrität über den Bereich der Leipziger Universität hinaus den Willen aller nichtkommunistischen Studenten für Freiheit, Recht und Menschlichkeit. Er war der Wortführer an den Universitäten gegen alle kommunistischen Bestrebungen, diese "reaktionären Hochburgen" unter ihre Kontrolle zu bringen. Nichts macht dies deutlicher als einige Sätze aus einer Rede von Natonek wenige Monate vor seiner Verhaftung:

"Der Träger der Wissenschaft muß, um sich seiner ganzen Aufgabe bewußt zu werden, der politische Mensch sein... Wir fürchten nicht, daß - wenn die Kluft zwischen Arbeitern und

Studenten endgültig überbrückt wird - die Wissenschaft Gefahr läuft, ihren Anspruch auf Wahrheit und ihren Anspruch auf den Sinn ihrer Tätigkeit zu verlieren. Das fürchten wir niemals, im Gegenteil. Wir glauben vielmehr, daß - wenn Studenten und Arbeiter in einem engen, unlösbaren Verhältnis stehen - die Studenten, und mit ihnen wohl auch unsere Professoren, daran gemahnt werden, das zu tun, was für die große Menge des Volkes notwendig ist, das darauf wartet, daß ihm die deutsche Wissenschaft das Rüstzeug gibt, um seine Wirtschaft, seinen Handel und Wandel wieder so in Gang zu bringen, daß sich Deutschland wieder in die große Reihe der Völker Europas und der Welt einreihen kann... Wir sind ganz einig mit Gottfried Keller, der sagte: 'Achte jeden Mannes Vaterland, aber das Deine Liebe'. Weil wir das unsere lieben, deshalb fordern wir seine Freiheit. Und weil wir jeden anderen Mannes Vaterland achten, treten wir nicht für einen beschränkten, mit Scheuklappen einhergehenden Nationalismus ein, sondern für eine freiwillige Einordnung in einer großen, allgemein verbindenden Internationalismus..."

Die Kommunisten wußten sehr genau, daß ihnen erst nach der Beseitigung Natoneks der Weg offen stand, ihr Ziel zu erreichen. Sie versuchten es zunächst, durch sehr starke Beeinflussung der Studenten und scharfe Angriffe gegen seine Person in der Presse. Der Erfolg für sie war gering, die Stimmabgabe für die freiheitlichen Kandidaten bei den Studentenratswahlen steigerte sich von Jahr zu Jahr. Im Herbst 1948 erreichte die Kampagne ihren Höhepunkt, denn wieder standen Studentenratswahlen bevor. Um keinen erneuten Mißerfolg davonzutragen, blieb nur die Verhaftung. Natonek wurde zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Es liegt uns fern, Wolfgang Natonek zu heroisieren. Unsere Aufgabe ist es aber, ihn und die vielen Tausende, die heute noch hinter Zuchthausmauern in der Sowjetzone widerrechtlich ihrer Freiheit beraubt sind, nicht zu vergessen und immer wieder die Machthaber der Sowjetzone aufzufordern, diese unschuldigen Menschen endlich freizugeben.